

Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Referat für Stadtplanung und Bauordnung	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA III/31	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Neuordnung und Aufwertung des Ortskerns Ramersdorf, Aufstellungsbeschluss		

1. Aufgabe		
1.1 Beschreibung der Aufgabe: Einleitung eines formellen Bauleitplanverfahrens, Bekanntgabe Rahmenplanung, Mandatierung und Finanzierung des Sanierungsgebietes für 2019, Projektauftrag einer Mehrgenerationen-Aktivfläche, Projektauftrag einer Machbarkeitsstudie zur Umgestaltung der Rosenheimer Straße, Einsatz des kommunalen Förderprogramms aktiv gestalten im Ortskern Ramersdorf, Rahmenplanungen, vertiefende Untersuchungen, Fachgutachten, ggf. Erstellen eines Leistungsbildes,		
1.2 Aufgabenart		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Der Ortskern Ramersdorf ist seit Ende 2017 ein eigenes Sanierungsgebiet. Die Sanierungstätigkeiten enden mit der Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen (Neuordnung des Verkehrs, Aufwertung der Grün- und Freiflächen, der Stadtgestalt,...)		
1.3 Auslöser des Mehrbedarfs Aufstellungsbeschluss mit Einleitung des Bebauungsplanverfahrens		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung: Zu der bisherigen Planung im Sanierungsgebiet Ortskern Ramersdorf (Rahmenplan mit Maßnahmenkonzept) soll ein Bauleitplanverfahren zur Sicherung der Sanierungsziele und der Finanzierung (z.B. Umlegung der Rosenheimer Straße) eingeleitet werden. Dafür werden z.B. Machbarkeitsstudien, Gutachten, vertiefende Untersuchungen erforderlich.		

2. Finanzielle Auswirkungen	
2.1 konsumtiv	
2.1.1 Einzahlungen	165.000 €
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	165.000 €
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	275.000 €

2.1.2.1 Personalauszahlungen	
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	275.000 €
2.2 investiv	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

4. Bemessungsgrundlage
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

6. zusätzlicher Büroraumbedarf
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: Bedarf in qm:
6.2 Begründung/Berechnung: